

Redaktioneller Teil.

(Nr. 61.)

Geschäftsbericht

des

Vorstandes des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig
über das Vereinsjahr 1923|1924.Zu erstatten in der Hauptversammlung des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig
am Sonntag Kantate, dem 18. Mai 1924.

Zwei Ereignisse ragen aus Kampf und Not des vergangenen Wirtschaftsjahres besonders hervor: der jähe Verfall der deutschen Währung und die im Augenblick der größten Gefahr nahe vor dem Sturz in den Abgrund Wirklichkeit gewordene, fast für unmöglich gehaltene Rettung durch die Rentenmark.

Alle vorher unternommenen Versuche zur Gesundung der deutschen Währungsverhältnisse waren ergebnislos geblieben; nach kurzen Intervallen der Besserung stieg die Kurve der Entwertung höher und höher. So hatte sich der Stand des Dollars von einem Kulminationspunkt von 9150 am 1. November 1922 zu Beginn des Jahres 1923 auf 7260 gesenkt; alle ferneren Maßnahmen aber, die sofort wieder einsetzende Steigerung zu verhindern, fruchteten nichts mehr. Auch das Bemühen, durch die Devisengesetzgebung einen Schutzwall zu errichten, war vergeblich. Am 20. November 1923 erreichte der Dollar an der Berliner Börse den Stand von 4,2 Billionen Mark, zu dem die Stabilisierung durchgeführt wurde.

Noch erheblich darüber hinaus ging die Entwertung im besetzten Gebiet. Da die Maßnahmen der Reichsregierung dort nicht durchführbar waren und die Rentenmark nicht in Umlauf gegeben werden konnte, entwickelten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse weit katastrophaler als im unbesetzten Deutschland. Zu der Last und dem seelischen Druck, unter den Bajonetten des rachsüchtigen Feindes leben zu müssen, traten unzählige wirtschaftliche Erschwernisse und Schikanen. Es braucht für den Buchhandel nur an die Handhabung der Post- und Zollbestimmungen erinnert zu werden. Wir betrachteten es als ein selbstverständliches Gebot, uns mit allen Kräften für Abhilfe einzusetzen; leider blieb uns infolge der Ohnmacht der Reichsregierung in der Mehrzahl der Fälle der Erfolg versagt. An dieser Stelle möchten wir aber unseren Berufsgenossen an Rhein und Ruhr geloben, daß wir nach wie vor mit ganzer Seele an ihrer Seite stehen, bereit, schwerste Opfer tragen zu helfen und Treue um Treue zu wahren. Den Männern, die die Geschicke des rheinisch-westfälischen Verbandes leiten, gebührt für ihre unermüdete opferbereite Tätigkeit unser tiefstgefühlter Dank. Die Geschichte unseres Standes wird es verzeichnen, was sie in schweren Zeiten für den Buchhandel ihrer engeren Heimat und von Gesamtdeutschland geleistet haben.

Die Scheinblüte des Wirtschaftslebens, in der Treibhausluft der Inflation immer mehr emporgezüchtet, hat den Buchhandel in gleichem Maße geschwächt wie andere Gewerbe. Nur die Einführung des Schlüsselzahlensystems und seine Reformierung im Laufe des Geschäftsjahres bewahrten Verlag und Sortiment vor zu weitgehender Substanzvergeudung, ebenso wie nach Wegfall der Ausfuhrkontrolle durch die Reglementierung der Auslandpreise ein zu starker Ausverkauf durch das Ausland verhindert wurde.

Sollte die mit der Rentenbankgründung angestrebte Stabilisierung gelingen, so mußte auf wirtschaftlichem Gebiet eine Umwälzung eintreten, die sich in einer völligen Absatzstörung auszuwirken drohte. Man war sich von vornherein darüber klar, daß die Schaffung der Rentenmark nur ein Notgerüst darstellte und, ebenso wie die Gründung der Golddiskontbank, lediglich eine Zwischenlösung bedeutete. Zum Glück für das deutsche Wirtschaftsleben

haben sich die ursprünglich von verschiedenen Seiten geäußerten Befürchtungen nicht bewahrheitet. Immerhin stellten sich neue Erschwernisse und Nöte ein: außerordentlicher Kreditmangel war und ist auch jetzt noch zu beobachten, der auf die Dauer nicht bestehen bleiben darf, sollen Handel und Industrie nicht ernstlich Schaden leiden. Immer mehr hat sich die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß die Beseitigung der jetzigen Schwierigkeiten nur im Zusammenhang mit der Lösung der Reparationsfrage möglich ist. So wird die Frage der Wirtschaft gleichzeitig wieder eine solche der Politik. Wenn in zurückliegenden Jahren vielfach die Auffassung vertreten wurde, lediglich die Wirtschaft sei unsere Zukunft, so mußten wir aus den schweren Erfahrungen der letzten Zeit erkennen, daß doch die Politik, freilich eine gesunde und starke Politik, an erster Stelle zu stehen hat. Nur in einem gesunden Staatskörper ist eine gesunde Währung und damit eine gedeihliche Wirtschaft möglich: *salus publica suprema lex*.

Neben dieser starken Hand nach außen bedarf das deutsche Wirtschaftsleben des rücksichtslosen Durchgreifens im Innern. Die Vielregiererei, die sich in einer Gesetzmacherei ohne gleichen auswirkt, muß aufhören. Auch im letzten Jahr mußte der deutsche Staatsbürger eine unendliche Fülle von Vorschriften über sich ergehen lassen, die vielfach, kaum ans Tageslicht gelangt, schon überholt waren. Die Erfahrung lehrt, daß in Zeiten der Wirrnis die Gesetzmaschine mit Hochdruck produziert. Mögen solche Erscheinungen unabwendbar sein, so muß doch verlangt werden, daß die Erzeugnisse kritischer Nachprüfung standhalten. Das kann aber keinesfalls von der Art der Steuergesetzgebung gelten, wie sie jetzt gehandhabt wird. Aus 23 Andern wird dem deutschen Wirtschaftskörper der finanzielle Bedarf für die Belange des Reiches, der Staaten und der Gemeinden entnommen. Bei solcher Vielgestaltigkeit ist es nicht zu verwundern, wenn allein 50% der Einnahmen durch die Kosten des Steuerapparats absorbiert werden. Der deutsche Kaufmann ist sich wohl bewußt, welche Lasten dem Reichsfiskus obliegen, und er ist bereit, für ihre Aufbringung zu leisten, was in seinen Kräften steht. Er fordert aber unbedingt Beseitigung aller toten Unkosten, Vereinfachung der Bestimmungen und eine vernunftgemäße, der Wirtschaftlichkeit der Betriebe und ihrer Weiterführung gerecht werdende Verteilung.

Ein weiteres Gebiet, das den Buchhandel zur Geltendmachung erheblicher Bedenken veranlaßt, ist die Preiswuchergesetzgebung. Ihre Anwendung auf eine in Kriegzeiten vom Weltmarkt abgeschnittene Wirtschaft mag berechtigt gewesen sein; nach Wiederherstellung des normalen Warenaustausches ist sie aber überholt. Obwohl man längst erkannt hat, daß der Grund der Warenverteuerung lediglich die Geldentwertung, nicht aber die Warenknappheit und etwa eine übergroße Nachfrage ist (wie könnte das bei den jetzigen Produktionsziffern im Buchhandel zutreffen?), war die Beseitigung der Preiswucherverordnung bisher nicht möglich. Der Hinweis auf Parallelerscheinungen in anderen Ländern entschuldigt die Beibehaltung keineswegs. Möglicherweise wagt man die Aufhebung des Gesetzes nicht mit Rücksicht auf die Verbraucherschaft; zu oft mußte das Gewerbe die Belange der Konsumenten